

EP-W-01 Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

- 1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es
2 geht
3 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die
4 Europäische
5 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit
6 passen
7 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord
8 und Süd,
9 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
10 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
11 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander
12 auszuspielen, und
13 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne
14 geraten.
15 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das
16 Gemeinwesen mehr und
17 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft,
18 weil
19 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.
- 20 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
21 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem
22 Politischen
23 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom
24 Willen
25 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung
26 war
27 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es
28 einigen
29 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und
30 Reich
31 weit auseinandergespalten. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise
32 hat in
33 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und Europa gespalten.
34 Das ist
35 ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu viele
36 leben in
37 Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus
38 der
39 Gesellschaft.
- 40 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben
41 wollen,
42 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen,

angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je
nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen.
Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und
einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder
das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und
Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner
Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Europa soll europäische öffentliche Güter, die für alle da sind, wie
34 Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine
europäische
35 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch
gemeinsame
36 Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn Europa Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch
die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem
leisten. Zudem
39 möchten wir die Eurozone so umbauen und stabilisieren, dass sie bei Krisen umso
fester
40 zusammensteht. Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von
Umwelt,
41 Verbrauchern und Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

42 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu
garantieren, sie
43 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
44 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und
Arbeitsbedingungen, auf
45 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
46 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten.

47 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

48 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst.
Daher
49 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die europäische Ebene verlagern, umso mehr
Mittel
50 müssen auch bereitgestellt werden.

51 Statt sich um die großen europäischen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die
nationalen
52 Regierungen im Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am
gemeinsamen Budget
53 wieder zurückerstattet bekommen. Dabei profitieren von erstklassiger Forschung in

Sofia auch
54 Firmen in Amsterdam, und von der Finanzstabilität in Finnland haben auch
Bankkund*innen in
55 Spanien etwas. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sich die Anstrengungen
der EU in
56 Zukunft so stark wie möglich auf europäische Gemeingüter konzentrieren und der
Haushalt
57 entsprechend ausgerichtet wird. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 % des
58 europäischen Bruttoinlandsproduktes, damit die Europäische Union die ihr
übertragenen
59 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. In dem Maße, wie die EU eigene Einnahmequellen
60 erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

61 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch
entstehende
62 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss
geschlossen
63 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen
erhöhen.

64 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-
Haushalt die
65 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der
Anforderung,
66 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche
Landwirtschaft und
67 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
68 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die

69 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche
Leistung“
70 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

71 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher
Regionen
72 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
73 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
74 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche
Einrichtungen
75 europäische Unterstützung brauchen. Außerdem wollen wir die Vergabe öffentlicher
Aufträge
76 vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

77 Eigene Einnahmen stärken die EU

78 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf europäischer Ebene tun,
statt
79 einfach jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine
starke
80 Union will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

81 Europa soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als
die
82 Mitgliedstaaten. Die Wertschöpfung der großen digitalen Konzerne wie Google oder

Facebook

83 ist häufig immateriell und keinem Land zuzuordnen. So schaffen es diese Unternehmen,
84 sich
84 der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen mit einer am Umsatz orientierten
Digitalsteuer
85 einen Teil dieser enormen Gewinne den europäischen Bürger*innen zugutekommen
lassen.

86 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter
in
87 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
88 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des
europäischen
89 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen
Hochfrequenzhandel, der
90 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

91 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 92 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 93 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 94 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der
Finanzierung
95 öffentlicher Aufgaben.

96 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

97 Europa hat eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, die immer noch schwelt. Ihre
Folgen
98 bestimmen den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind ohne
Arbeit.
99 In Italien, Spanien und Griechenland ist mehr als jeder dritte junge Mensch arbeitslos.
Das
100 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit
geprägt.

101 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die
Lebensbedingungen
102 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und
vertieft
103 und das Vertrauen in Europa unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
104 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt.
Nun ist es
105 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

106 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren. Mit unserer Investitionsoffensive
lösen
107 wir zwei Probleme. Wir schaffen Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive für alle
108 Europäer*innen. Gleichzeitig erneuern, erweitern und modernisieren wir unsere
Infrastruktur.
109 Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

110 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen
stark
111 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht
einmal das
112 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
113 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei
den
114 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Um
den
115 Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für nationale
Ausgaben so
116 gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen stärker möglich
sind.
117 Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren richtigerweise die
Spielräume für
118 solche Investitionen erweitert.

119 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
120 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
121 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
122 Investitionsfonds für strategische Investitionen (EFSI) wurde temporär zur
Krisenbewältigung
123 geschaffen. Er hat sich bewährt und sollte nicht wie ursprünglich geplant 2020 beendet
124 werden. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen. Allerdings muss er seine Strategie ändern.
125 Bislang kam das Geld häufig nicht dort an, wo es am nötigsten gebraucht wird.
Finanzierte
126 Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI zustande gekommen.
Zahlreiche
127 Investitionen waren nicht nachhaltig. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
128 zusätzlich und nachhaltig sind. Die Förderschwerpunkte ökologische Effizienz und
129 Kreislaufwirtschaft müssen auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten
sollen das
130 Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank erhöhen, damit diese den Fonds
weiterführen
131 kann.

132 Klimaschutz, innere wie äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung in
133 Zukunftstechnologien, eine europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und
134 Mobilität, soziale Absicherung – dies sind europäische Gemeingüter, in die wir auch
135 europäisch investieren wollen. So können wir die Energiewende in ganz Europa nur
dann
136 vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die Vernetzung der bestehenden
Stromnetze
137 investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn nur so kann Windenergie von den
Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien nach Polen transportiert
werden.

138 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder
es wird
139 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel
bis
140 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des

142 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
143 anachronistisch. Wir wollen in ganz Europa schnelles Internet schaffen. Und bei der
144 Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz kann
Europa nur
145 gemeinsam erfolgreich sein.

146 Europas Sicherheit in einer unübersichtlichen Weltlage lässt sich am besten gemeinsam
147 gewährleisten. Die Schaffung europäischer Strukturen in der Verteidigung kann Europa
148 sicherer und unabhängiger machen. Das spart langfristig auch viel Geld.

149 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

150 Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Jugendliche brauchen überall in Europa eine
151 Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind
auch
152 unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen
153 Jugend.

154 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen
Menschen
155 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind
oder ihre
156 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen
Arbeitsplatz,
157 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss
auch
158 funktionieren. Deswegen setzen wir uns für Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote
von
159 hoher Qualität ein, die auskömmlich finanziert sind, beispielsweise angelehnt an die
duale
160 Ausbildung in Deutschland.

161 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige
Start-
162 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg
gebracht werden.

163 Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die Jugendgarantie nicht
mit Leben
164 füllen. Spanische, griechische und italienische Jugendliche haben in ihren
Heimatländern
165 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit, wenn sie in einem andern EU-Land einen Job
finden
166 möchten. Auch dabei soll die EU ihnen helfen, damit könnte in Deutschland auch der
167 Fachkräftemangel bekämpft werden.

168 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 169 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, Energie und Mobilität,
- 170 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 171 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

172 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

173 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu
schaffen und
174 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag.
Vieles
175 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
176 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die
177 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer
wieder
178 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen,
der
179 die Europäer*innen zusammenführt.

180 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten
und
181 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
182 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung,
einen
183 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die
mit
184 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen
musste. Das
185 darf nicht so bleiben.

186 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem
Millionen
187 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, hat nichts gewonnen,
wenn wir
188 einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, Europa aber vor die Hunde geht, weil die
189 Jugendarbeitslosigkeit antieuropäische Parteien stark macht. Die Eurozone muss also
stabiler
190 und demokratischer werden. Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und
191 Solidarität in der Eurozone zu setzen.

192 Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens
müssen
193 wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung
wirtschaftlichen
194 Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit einige
195 verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und
drittens wollen
196 wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer
Kontrolle
197 unterwerfen.

198 Euro stabilisieren – Haushalt für die EurozonePlus

199 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die
gemeinsamen
200 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht.
Die
201 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem

hohen
202 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert –
seit
203 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Eine nationale und doch europäische Antwort
ist,
204 dass wir auch in Deutschland mehr investieren und gegen Lohndumping vorgehen. Das
nützt der
205 Stabilität unserer Währung und macht die deutsche Wirtschaft zukunftsfähiger und
sozialer.

206 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des
Euro
207 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich.
Deshalb
208 befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen
EU-
209 Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich
die
210 beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam
zu
211 finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter
212 wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für
erneuerbare
213 Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses
EurozonePlus-
214 Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle
Mitgliedsländer
215 der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern.
216 Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die
besonders
217 antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und
Steuerdumping
218 beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes
219 Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt
die
220 Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte
verpflichtend für
221 alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.

222 Zur Stabilisierung könnte auch eine ergänzende europäische Rückversicherung der
nationalen
223 Arbeitslosenversicherungen beitragen.

224 Europa sollte künftige Krisen alleine lösen können. In der Eurokrise hat der
internationale
225 Währungsfonds geholfen. Wir wollen einen europäischen Währungsfonds schaffen und
im EU-Recht
226 verankern. Um zu verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulation in eine tiefe
Krise
227 schlittert, braucht es eine schnelle Reaktion. Dafür wollen wir eine kurzfristige
228 Kreditlinie schaffen, die schon präventiv wirkt. Das Europäische Parlament sollte das
Recht

229 auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des Direktors dieses
230 europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige Kredite
aus dem
231 europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen
Parlamenten
232 liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt.
233 Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit
234 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer
gemeinsamen
235 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der
Europäischen
236 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt
endlich zur
237 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in
die
238 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen
Regeln
239 wirksam angewandt werden können:
240 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür
braucht
241 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen
Währungsfonds. So
242 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist und dann doch wieder die
243 Steuerzahler einspringen müssen.
244 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
245 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
246 Kund*innen im Krisenfall um ihr Erspartes bangen müssen und ihr Geld abziehen.
Deshalb
247 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als
Rückversicherung
248 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
249 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so
weiter auf
250 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.
251 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa
das
252 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
253 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den
Banken
254 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
255 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch
immer
256 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten auf 10 %
bei den
257 Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kundengeschäft der
Banken

- 258 ein. Für Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage ratio“) gelten, damit sie
ihre
259 Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen
wir
260 nach Risiko und Komplexität unterschiedlich behandeln. Die Aufsicht über kleine
Banken
261 wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.
262 Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!
- 263 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
264 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
265 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und
Dreh- und
266 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament
legitimierte
267 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft
und
268 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.
- 269 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die
Länder des
270 Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen
271 Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell
sind.
272 Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein,
wie es
273 etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist.
- 274 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 275 • einen krisenfesteren Euro,
 - 276 • ein EurozonePlus-Budget zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
 - 277 • die Vollendung der Bankenregulierung.
- 278 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**
- 279 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den
Staaten
280 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
281 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen
auch
282 mehr beitragen.
- 283 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte.
Doch er
284 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit
der
285 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit
überall in
286 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten
Steuern ihre

287 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die
Rekordgewinne
288 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und
alle
289 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne
nicht
290 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im
Wettbewerb mit
291 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
292 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür
wollen
293 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

294 Steuerdumping beenden

295 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber
dem Rest
296 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für
Unternehmen zu
297 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale
Unternehmen,
298 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament
unserer
299 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die
Armut und
300 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren
können.
301 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht
entziehen
302 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen
dieses
303 Geschäftsmodell beenden.

304 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit
begonnen,
305 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale
staatliche
306 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
307 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur
scharfen
308 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf
Kosten der
309 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

310 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in
Niedrigsteuerländer.
311 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu den Kosten für sie
bei.
312 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des
Gemeinwesens
313 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf
Zahlungen
314 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben

werden. Dafür
315 ist die entsprechende europäische Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks
für
316 die Unternehmen nicht mehr.
317 Europäische Unternehmensmindeststeuer
318 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden.
Deshalb
319 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des
Binnenmarktes.
320 Wir wollen in einem ersten Schritt eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die
Besteuerung
321 von Unternehmen im Binnenmarkt. Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung.
Gerade für
322 kleine und mittlere Unternehmen führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie
leichter
323 auch in anderen Mitgliedstaaten tätig werden können. Es soll einen europäischen
324 Mindeststeuersatz für alle Unternehmensgewinne geben.
325 In einem zweiten Schritt sollte eine europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es
endlich
326 eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem
Mindeststeuersatz
327 soll direkt in den EurozonePlus-Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
328 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus
fließen
329 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf
achten, dass
330 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.
331 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in
welchem Land
332 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf
zahlen.
333 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber
seine
334 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu
zahlen.
335 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
336 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in
Europa.
337 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.
338 Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen
339 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
340 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen
Steuerhinterziehung
341 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner
Erfolg
342 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
343 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien

müssten
344 der Spekulation durch kriminelles Geld so europaweit entzogen werden.
345 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um
mindestens
346 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
347 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU
vorgelegt,
348 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier
in
349 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.
350 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
351 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen
Zusagen
352 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun
strikt
353 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
354 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze
Liste mit
355 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
356 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine
Geschäfte in diesen
357 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.
358 Europa handlungsfähig machen
359 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass Europa gegen Steuervermeidung
vorgeht.
360 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
361 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten
vorangehen, damit
362 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird
das
363 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.
364 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 365 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 366 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

367 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

368 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen.
Fehlt der
369 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen
und
370 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es
einen fairen
371 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
372 bestehende Monopole zu zerschlagen.

373 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und
Monsanto,
374 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen.
Unternehmen
375 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
376 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler,
sondern
377 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
Anforderungen des
378 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt
mit
379 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
380 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so
gemeinsam
381 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
382 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge
fasst und
383 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

384 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde
Faktoren
385 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den
Wettbewerb
386 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber
muss man
387 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese
missbrauchen.
388 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man
Unternehmen
389 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre
Marktmacht zu
390 groß wird.

391 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
392 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung
und können
393 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von
kleinen
394 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform
anzubieten, um
395 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie
anderen
396 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen
verlangen, müssen
397 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen.

398 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen
kann
399 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere
Menschen
400 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
401 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese
Unternehmen

402 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln
will, muss
403 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

404 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 405 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 406 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 407 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.

408 **2.6 Soziale Sicherheit garantieren**

409 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche
Chancen
410 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
411 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame
Arbeits- und
412 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als
Bedrohung für
413 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten
die
414 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
415 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute
handeln:
416 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten
sozial
417 absichern.

418 Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren

419 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
420 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell.
Verlässliche
421 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im
Interesse
422 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen
Rechte
423 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
424 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen
das
425 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
426 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen,
erhalten
427 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen
aufgrund
428 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta
verbriefte
429 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu
einem
430 Garanten für soziale Rechte.

431 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
432 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
433 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der
Dienstleistungsfreiheit.
434 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt
Arbeitnehmerrechte
435 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
436 angepasst werden.

437 Soziale Mindeststandards in ganz Europa

438 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren.
Dafür
439 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen
Mitgliedstaaten Wir
440 machen uns stark für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale
441 Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische
Situation.
442 Die Mitgliedstaaten sind natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu
zu
443 schaffen. Das Gleiche gilt für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es
einen
444 Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss einen Zugang
zu guter
445 medizinischer Versorgung haben.

446 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen
Daseinsvorsorge
447 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
448 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische
Unterschiede
449 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben strengere Regelungen gegen die
450 Einflussnahme der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen an.

451 Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit

452 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den
EU-
453 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
454 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller
455 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie
ein,
456 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des
jeweiligen
457 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen
auch
458 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU.

459 Es kommt bei der Mobilität von Arbeitnehmer*innen immer noch zu Ausbeutung. Etwa
wenn
460 rumänische Arbeiter in deutschen Schlachthöfen zu niedrigen Löhnen und unwürdigen
461 Bedingungen beschäftigt werden. Die neue Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner
462 Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa
durchzusetzen. Für

463 die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem müssen auch in
andere
464 Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie aufgenommen
und
465 umfassend geschützt werden. Bislang sorgen aber Konservative, Liberale und
Sozialdemokraten
466 im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene Bezahlung und
Ruhepausen
467 weiterhin verwehrt werden.

468 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 469 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 470 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 471 • europaweite Mindestlöhne.

472 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

473 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn-
und
474 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

475 Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
476 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem
anderen
477 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Die Anerkennung von
Bildungs- und
478 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden.

479 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor
Ort
480 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in
Europa
481 ab.

482 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
483 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben.
Nationale
484 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen
brauchen
485 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer
sozialen
486 Grundrechte.

487 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind,
ihre in
488 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
489 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand
auch
490 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt
gilt.

491 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität
492 diskriminiert
493 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle
494 Maßnahme
495 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in Deutschland immer
496 wieder
497 die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld erhalten in
498 Deutschland
499 Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.
500
501 Um Missbrauch zu unterbinden, müssen insbesondere Finanzbehörden, Polizei und
502 Familienkassen
503 eng zusammenarbeiten, um organisierten Kriminellen den Boden zu entziehen. Der
504 Missbrauch
505 durch Kriminelle darf jedoch nicht dazu führen, dass alle Unionsbürger*innen in
506 Mithaftung
507 genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das
508 ja auch
509 heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland weniger Geld gäbe, dass das auch für das
510 deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in Krakau studiert.
511
512 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 513 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 514 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.